

Statuten des  
**„Freizeit- und Kulturvereines der  
Gewerkschaft der Gemeindebediensteten,  
Kunst, Medien, Sport und freie Berufe  
- Landesgruppe Vorarlberg“**  
(kurz FKV der GdG-KMSfB Landesgruppe Vorarlberg  
ZVR Nr. 380429863)  
im Sinne des Vereinsgesetzes 2002

**§ 1**

**Name und Sitz des Vereines**

1. Der Verein führt den Namen „Freizeit- und Kulturverein der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg“. Kurzbezeichnung: **FKV der GdG-KMSfB Vorarlberg**
2. Sein Sitz ist in Dornbirn und erstreckt seine Tätigkeit auf das Landesgebiet von Vorarlberg.
3. Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt
4. Soweit in diesen Statuten personenbezogene Begriffe verwendet werden, kommt ihnen keine geschlechtsspezifische Bedeutung zu. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

**§ 2**

**Zweck des Vereines**

Der Verein ist gemeinnützig und dessen Tätigkeit ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Er bezweckt die:

Förderung der Zusammenarbeit auf nachstehenden Gebieten:

- **Errichtung, Verwaltung und Betrieb von eigenen oder angemieteten Ferien- und Urlaubseinrichtungen;**
- **Vermittlung von Ferien- und Urlaubseinrichtungen an die Vereinsmitglieder;**
- **Gewährung von Zuschüssen zu Urlaubs-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen der Vereinsmitglieder;**
- **Förderung und Abhaltung von eigenen Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen für Vereinsmitglieder;**
- **Ideelle und materielle Unterstützung von in Not geratenen Vereinsmitgliedern.**

### **§ 3**

#### **Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes**

1. Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
2. Die ideellen Mitteln werden aus Maßnahmen in Zusammenhang mit § 2 der Statuten (Zweck des Vereines) erbracht;
3. Die materiellen Mittel werden
  - a) aus Budgetmitteln der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe, Mitglieds- und Unterstützungsbeiträgen, Einnahmen aus Veranstaltungen sowie freiwilligen Zuwendungen Dritter (sowohl von Privaten als auch von öffentlichen Stellen) erbracht.
  - b) aus Beitritts- und Mitgliedsbeiträgen von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern gem. § 4 Abs. 2

### **§ 4**

#### **Arten der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind die Mitglieder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg - sowie deren Bedienstete.
- (3) Außerordentliche Mitglieder sind solche,
  - a) die die Vereinstätigkeit vor allem durch ihr persönliches Engagement oder durch Zahlung eines Mitgliedsbeitrags fördern und unterstützen;
  - b) die einer anderen Fachgewerkschaft des ÖGB angehören und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe im Rahmen einer Zweitmitgliedschaft beitreten bzw. beigetreten sind. Diese haben einen Mitgliedsbeitrag gemäß § 6 Abs. 2 zu entrichten.
- (4) Ehrenmitglieder sind Personen, die hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

### **§ 5**

#### **Erwerb der Mitgliedschaft**

- (1) Mitglieder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg – und deren Bedienstete können sich um die ordentliche Mitgliedschaft bewerben.
- (2) Außerordentliche Mitglieder können alle physischen Personen, juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften mit Sitz in Österreich, werden.
- (3) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (4) Die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern erfolgt durch den Vorstand.
- (5) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

## **§ 6 Mitgliedsbeitrag**

- (1) Über die Einhebung eines Mitgliedsbeitrages von Mitgliedern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe entscheidet die Generalversammlung.
- (2) Von außerordentlichen Mitgliedern (z.B. bei Zweitmitgliedschaft zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe) ist ein monatlicher Beitrag in Höhe von € 5,-- zu entrichten. Dieser Beitrag ist jeweils für ein Jahr im vorhinein zu entrichten.
- (3) Die Höhe der Mitgliedsbeiträge kann vom Vorstand festgesetzt werden.

## **§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod.
  - a) Bei ordentlichen Mitgliedern durch Ausscheiden aus der Mitgliedschaft zur bzw. aus einem Beschäftigungsverhältnis zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg.
  - b) Bei außerordentlichen Mitgliedern durch Kündigung der Zweitmitgliedschaft zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg.
  - c) Bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit.
  - d) Weiters kann die Mitgliedschaft durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss erlöschen.
- (2) Der Austritt kann zum 31.3., 30.6., 30.9 oder 31.12. eines jeden Jahres erfolgen. Er muss dem Vorstand schriftlich mindestens einen Monat vorher mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich. Eine Rückzahlung eines bereits bezahlten Jahres-Mitgliedsbeitrages bzw. eines -teilbeitrages ist ausgeschlossen.
- (3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hievon unberührt.
- (4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
- (5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

## **§ 8 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

- (1) Die ordentlichen Mitglieder und Ehrenmitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht nur den ordentlichen und den Ehrenmitgliedern zu.
- (2) Die außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen sofern der aktuelle Mitgliedsbeitrag entrichtet wurde.
- (3) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung bzw. vom Vorstand festgesetzten Höhe verpflichtet.

## **§ 9 Vereinsorgane**

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 10 und 11), der Vorstand (§§ 12 bis 14), die Rechnungsprüfer (§ 15) und das Schiedsgericht (§ 16).

## **§ 10 Generalversammlung**

- (1) Die Generalversammlung ist die "Mitgliederversammlung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet alle 4 Jahre statt.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf Beschluss des Vorstands, der ordentlichen Generalversammlung oder auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder oder auf Verlangen der Rechnungsprüfer binnen vier Wochen statt.
- (3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mind. zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.
- (4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.

- (5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmrecht sind nur die ordentlichen und die Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.
- (7) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann, in dessen Verhinderung einer seiner Stellvertreter. Wenn auch diese verhindert sind, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

## **§ 11 Generalversammlung**

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
- b) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- c) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- d) Entlastung des Vorstands;
- e) Festsetzung der Höhe einer Beitrittsgebühr,
- f) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- g) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- h) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

## **§ 12 Vorstand**

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Obmann und seinen Stellvertretern, dem Schriftführer und seinem Stellvertreter, dem Kassier und seinem Stellvertreter sowie weiteren Beiräten.
- (2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes

- ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
- (3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich.
  - (4) Der Vorstand wird vom Obmann, in dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
  - (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
  - (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
  - (7) Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung einer seiner Stellvertreter. Sind auch diese verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
  - (8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
  - (9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
  - (10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

### **§ 13**

#### **Aufgaben des Vorstands**

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das "Leitungsorgan" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Erstellung sowie Abfassung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses (= Rechnungslegung);
- (2) Vorbereitung der Generalversammlung;
- (3) Einberufung der ordentlichen und der außerordentlichen Generalversammlung;
- (4) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- (5) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
- (6) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.
- (7) Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages.

### **§ 14**

#### **Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder**

- (1) Der Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der Schriftführer unterstützt den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.

- (2) Der Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns und des Schriftführers, in Geldangelegenheiten (= vermögenswerte Dispositionen) des Obmanns und des Kassiers. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
- (3) Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- (4) Der Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
- (5) Der Schriftführer führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
- (6) Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.
- (7) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des Obmanns, des Schriftführers oder des Kassiers ihre Stellvertreter.

## **§ 15 Rechnungsprüfer**

- (1) Die Rechnungsprüfer (mindestens drei) werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Sie haben der Generalversammlung vom Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- (3) Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 12 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

## **§ 16 Schiedsgericht**

- (1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine "Schlichtungseinrichtung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ZPO.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum

Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

- (3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

## **§ 17**

### **Freiwillige Auflösung des Vereins**

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist - über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen der das verbleibende Vereinsvermögen, nach Abdeckung der Passiva an die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg – oder einen an dessen Stelle getretene Institution übergibt, die es zu gemeinnützigen Zwecken verwenden kann.

*Beschlossen in der konstituierenden Sitzung des „Freizeit- und Kulturvereines der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe – Landesgruppe Vorarlberg“ am 23. März 2004 – ergänzt in der außerordentlichen Generalversammlung am 21. November 2011*